

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Notwendige Nutzung der Kernenergie in der Energiekrise – Rückbau stoppen, Moratorium umsetzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Vor einem Jahr, am 15. April 2023, sind die drei letzten deutschen Kernkraftwerke mit einer Leistung von insgesamt 4,3 Gigawatt inmitten der kriegsbedingten Energiekrise vom Netz gegangen. Diese Entscheidung der Bundesregierung war ein Fehler: Mit einem Weiterbetrieb der Kernkraftwerke wäre ein wichtiger Beitrag für eine bessere Versorgungssicherheit, eine höhere Wettbewerbsfähigkeit durch günstigere Strompreise, den Erhalt von Industriearbeitsplätzen und für einen effektiven Klimaschutz gewährleistet worden. Diese Möglichkeit hat die Bundesregierung aus ideologischen Gründen bewusst nicht genutzt. Mehr noch, die Abschaltung der letzten drei deutschen Kernkraftwerke ist zudem völlig intransparent umgesetzt worden. Diese Intransparenz gipfelte in der Weigerung der Bundesregierung, eine Einsicht in die ministeriellen Akten zur Abschaltung für die Öffentlichkeit freizugeben und der Argumentation, die Bundesregierung müsste sich gegenüber der Opposition und dem Ausland für den deutschen Atomausstieg nicht rechtfertigen.

Mit einem Weiterbetrieb der drei letzten deutschen Kernkraftwerke wäre es möglich gewesen, einen erheblichen Teil des Energiebedarfs in Deutschland zu decken, beispielsweise für die energieintensive Industrien. Dies hätte die Sicherheit der Stromversorgung verbessert und auch einen spürbaren preislichen Effekt für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gehabt. Folge der Nichtverlängerung inmitten der Energiekrise ist, dass der fehlende Strom durch fossile Energieträger und verstärkte Energieimporte gedeckt werden musste und die industrielle Leistung erheblich sank. Einsparungen beim Stromverbrauch im vergangenen Winter sind vor allem dem Einbruch der Wirtschaftsleistung und der Industrieproduktion geschuldet – kein gutes Signal für den Standort Deutschland.

Wir setzen auf den beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien, auf Energieeffizienz, Wasserstoff und auf CCS/CCU sowie perspektivisch auf Fusionsenergie. Wir können zurzeit nicht auf die Option Kernkraft verzichten. In Europa und auch auf globaler Ebene wird die Kernenergie absehbar weiter eine große Rolle spielen. Viele unserer europäischen Partner haben die Laufzeiten ihrer Kernkraftwerke verlängert oder planen den Neubau von Kernkraftwerken der neusten Generation. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat die Argumente jüngst wie folgt zusammengefasst: „Wir dürfen nicht vergessen, dass Kernenergie weltweit nach der Wasserkraft die zweitgrößte Quelle für emissionsarmen Strom ist.“ Die Nutzung der Kernenergie

könne somit „einen zuverlässigen Anker für die Strompreise bilden und damit unsere Wettbewerbsfähigkeit gewährleisten“. Die Beurteilungskompetenz zur Kernenergie-Technologie muss durch Wissenschaft und Forschung in Deutschland erhalten bleiben. Sowohl im Hinblick auf eine mögliche Wiederinbetriebnahme der zuletzt abgeschalteten Kernkraftwerke sowie auf die Bedeutung der Kernenergie für das Ziel einer klimaneutralen Energieversorgung für Europa muss Deutschland bei Forschung und Entwicklung weiter aktiv und international gut vernetzt sein.

- II. Deshalb fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf,
1. durch eine entsprechende Weisung des Bundes, nötigenfalls auf Basis einer zu schaffenden gesetzlichen Regelung, die drei zuletzt abgeschalteten Kernkraftwerke mit einem Rückbau-Moratorium zu belegen, bis eine neu gewählte Bundesregierung die Chance hat, im Lichte der dann gegebenen Lage über eine Wiederinbetriebnahme abschließend zu entscheiden;
 2. die Rahmenbedingungen zu erhalten und zu verbessern, damit durch Wissenschaft und Forschung die Beurteilungskompetenz der Kernenergie-Technologie, inklusive Reaktorsicherheit, in Deutschland erhalten bleibt;
 3. in ein neues Zeitalter einzutreten mit der Förderung der Fusionstechnologie und hier industriepolitisch voranzugehen. Fusionskraftwerke haben nicht mehr das Risiko der Kettenreaktion und kein Problem mit lang strahlendem Atommüll. Insbesondere gibt es hier aber gleich vier international beachtete Teams und die Chance, eine neue Industrie für Deutschland aufzubauen;
 4. den europäischen und internationalen Austausch zu Fragen der friedlichen Nutzung der Kernenergie zu intensivieren, nicht zuletzt auch um einen positiven Beitrag zur nuklearen Sicherheit zu leisten.

Berlin, den 9. April 2024

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion